



Lindauer Hoybote

Seiten 2 und 3

Auf vielfachen Wunsch und damit Sie wissen, welcher unserer Räte/Rätin in welchem Ausschuss der Stadt agiert,

möchten wir alle fünf noch einmal vorstellen. Die Bunte Liste trifft sich jeden Sonntag ab 20 Uhr im „Haus der Dialoge“.

Wie oft eigentlich noch:

Der Zug scheint abgefahren

Nach dem Willen der DB AG soll bis zum Jahr 2004 der Bahnhof von der Insel nach Reutin verlegt werden. Der jahrelange Eiertanz der Deutschen Bahn AG scheint zu Ende und jetzt ist auch bewiesen, dass die Bahn noch nie vorhatte, die Stadt und ihre BürgerInnen in ihre Planungen miteinzubeziehen, sondern nur über den berühmten „Tich“ zu ziehen. 2002 will die DB AG das Planfeststellungsverfahren für den neuen Bahnhof einleiten, den üblichen Weg, um zu Großprojekten (in diesem Fall zum Bahnhof Reutin) zu kommen. Wir haben uns umgehört bei VerkehrsexpertenInnen und PolitikerInnen zu den Themen DB AG als solches, Inselfleife und Bahnstandsstandort im Besonderen.

„Die Zuverlässigkeit der DB AG ist nicht mehr gegeben, über die Qualität der Bahn (in puncto Pünktlichkeit, Sauberkeit, Preise, Service etc.) brauchen wir nicht weiter diskutieren. Die wirtschaftliche Lage der Bahn ist prekär, das Unternehmen steht vor der Zerfallprobe und eine strategische Ausrichtung ist nicht erkennbar“. Das war die ebenso kurze wie vernichtende Bilanz von Wolf Drechsel von der Gesellschaft für fahrgastorientierte Verkehrsplanung in Nürnberg bei einem Besuch in Lindau.

„Beförderungsfall“

Der Bundestagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Albert Schmidt, meint zu der verfehlten Bahnpolitik: Selbst das – viel zu wenige Geld – das investiert wurde, wurde in teure Großprojekte gebettet, die am Ende auch noch sehr viel teurer waren, als zunächst angenommen, beispielsweise die Strecke Nürnberg-Ingolstadt. Das Bestandsnetz hingegen wurde sträflich vernachlässigt und sieht jetzt auch dementsprechend aus. Fahrgäste sind bei der DB AG ein „Beförderungsfall“ und genauso fühlt man sich auch, wenn man in die schwer versifften und unpünktlichen Züge einsteigt. Unter Umständen sollte Lindau ins sogenannte „Knotenprogramm“ aufgenommen werden. Das hieße, dass die Finanzierung eines Bahnhofes Lindau über den Bundesverkehrswegeplan (BVP) laufen könnte. Diese Hoffnungen ließ Verkehrsexperte Drechsel bereits Ende 2000 jäh schrumpfen: Er schätzt, dass da größere und auch wichtigere Projekte (beispielsweise der Bahnhof Frankfurt mit existentiellen Verbesserungen) eher zum Zug kommen. Außerdem müßte Lindau als Projekt beim Bund angemeldet werden. Das kann entweder das Land Bayern tun oder die Bahn AG selbst. Das Land hat es definitiv nicht getan, die Bahn selbst will es tun, wohlwissend, dass der neue BVP allerfrühestens im Jahr 2003 verabschiedet wird.

Halten wir also fest: Die DB AG will auf Teufel komm raus den Bahnhof nach Reutin verlagern. Vernünftige Gründe hierfür kann niemand nennen und sachliche Argumente perlen an den Herren der DB AG ab. Der Neubau eines Bahnhofes Reutin ist laut Schätzungen um 70 Millionen Mark teurer als die Sanierung des bestehenden Inselbahnhofes. Wenn's allerdings ans Zahlen geht, dann zieht jeder den Schwanz ein und schiebt die Zuständigkeit weiter: die Bahn an das Land und das Land an den Bund und der Bund an die Bahn und am Ende wohl alle miteinander an die Stadt.

Zwei Bekenntnisse, nicht zwei Bahnhöfe

Die vom bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu ins Gespräch gebrachte Inselfleife löst das Problem leider auch nicht: Auch hier ist völlig unklar, wer die Zeche bezahlt, denn festgelegt hat sich Herr Wiesheu freilich nicht. Für eine Stadt wie Lindau ist es laut der Planungsgruppe 7 unmöglich, zwei Zentren vital und lebendig zu erhalten. Zwei Bekenntnisse und nicht zwei Bahnhöfe bräuhete Lindau, so Wolf Drechsel: zum einen das Bekenntnis zum kommerziellen Zentrum Insel und zum anderen das Bekenntnis zum Verkehrsmittel Eisenbahn. Immer wieder wurde in der Diskussion deutlich, dass zwei Bahnhöfe in Lindau ökonomischer und verkehrstechnischer Unsinn sind. Ein vernünftiger Taktnoten (vergl. ZUP) ist mit einem Inselgleis und einem Bahnsteig natürlich nicht hinzukriegen und mit einem funktionierenden öffentlichen Nahverkehr hat diese Alibi-Abbindung rein gar nichts zu tun. Nach kürzester Zeit wird sich für das Einstellen dieser Leimrute garantiert ein Grund finden.



Von Seiten der Bahn ist soviel klar: ein, maximal zwei Gleise auf die Insel und ein Haltepunkt, darüber könne man verhandeln, die Betriebskosten einer solchen Inselfleife würde die DB aber auf keinen Fall übernehmen. Das heißt für die Insel, dass sie vom Schienennetz so gut wie abgehängt ist und einen Bahnhof am Hafen stehen hat, der kein Bahnhof mehr ist.

Und was tut Lindau?

Leider hielt sich die Stadt lange vornehm zurück. Anstatt Position zu beziehen und Vorschläge und Wünsche zu formulieren, wartete die Stadt ängstlich und verschüchtert ab, was der große Massa Bahn ihr als nächstes präsentiert. Bereits gefaßte Beschlüsse lagen monatelang auf Eis oder in irgendwelchen Schreibtischschubladen und all jene RätInnen, die für den Bahnhof in Reutin gestimmt haben, gingen der Bahn und auch Herrn Wiesheu auf den Leim. Anstatt mit einem klaren und mehrheitlichen Ja zum Inselbahnhof deutlich zu machen, dass wir uns in Lindau nicht zum Deppen machen lassen und dass wir sehr wohl wissen, um was es geht und was wir wollen, hat die Stadt die Entwicklung verschlafen. Für unsere Anträge, endlich eine Lindau-Position zu entwickeln, wurden wir BUNTEN im Stadtrat belächelt und überstimmt. Jetzt hat uns die DB AG vor vollendete Tatsachen gestellt. Und die Stadt hechelt einmal mehr hinter Entscheidungen her, die andere über ihren Kopf hinweg gefällt haben.

Nur eines kann uns jetzt vielleicht noch retten: geschlossen muß der Stadtrat nebst Obine aus seinem Schneckenloch kriechen und selbstbewußt und mutig ja sagen zum Inselbahnhof und zur Bahn als Verkehrsmittel der Zukunft, müssen Bürgerinnen und Bürger sich dagegen wehren, dass unsere Stadt derart vereppelt und unser Inselbahnhof zum Durchgangsspielzeug-Haltepunkt in Reutin vergewaltigt wird. Vielleicht ist der Zug dann ja noch nicht ganz abgefahren und wir haben noch nicht alles verloren...

Manu Schlichting-Pfersich

Seite 4

Bunte Anträge und was die Verwaltung bzw. die KollegInnen im Stadtrat daraus gemacht haben.

Die Erfolgsgeschichte der Bunten Liste

Ein Rückblick auf Stadtratsentscheidungen, die auf die zwanzigjährige Arbeit der Bunten Liste zurückgehen

In diesem Jahr wird die Bunte Liste zwanzig Jahre alt, Anlaß für einen Rückblick auf die Erfolge dieser jungen politischen Gruppierung. Die Bunte Liste ist jung, nicht nur beim Vergleich des Altersdurchschnitts ihrer in den Stadtrat gewählten VertreterInnen zu denen der übrigen Parteien, sondern auch bei einer Gegenüberstellung des Altersdurchschnitts der aktiven Anhänger, die bei uns wegen des Wissens um die Notwendigkeit eines Rückhaltes bei der Wählerschaft „Basis“ genannt wird. Ohne diese Basis, die sich mit unseren StadträtInnen seit 1981 allwöchentlich am Sonntagabend im Haus der Dialoge öffentlich zur Diskussion trifft, wäre die Erfolgsliste sicher kürzer ausgefallen. Wahrscheinlich ist diese Basisarbeit gerade der Schlüssel zum Erfolg der Bunten. Dennoch sei erinnert, daß auch die zahllosen Veranstaltungen dazu beigetragen haben.

Zwei Bemerkungen sind voraus zu schicken:

1. Bei genauem Hinsehen fielen in diese Epoche mindestens fünf Hauptthemen: Der Stadtbuss, mit dem erstmals ein flächendeckendes Netz mit Taktfahrplan und einer genialen Umsteigemöglichkeit realisiert wurde, die Hintere Insel mit der Luitpoldkaserne, der Neubau der Spielbank, der über mehrere Zwischentapen zum heutigen „Gasino“ bzw. zur „Käseschachtel“ führte, der Neubau der Inselbrücke, nachdem Versuche zur Renovierung der Brücke fehlgeschlagen waren, und zuletzt der Hauptbahnhof, bei dem es um eine Jahrhundertentscheidung geht, denn die Lage des Hauptbahnhofes bestimmt auch die Lage der Stadtmittelpunkte (was die seinerzeit kurzfristige Verlegung des Kemptener Hauptbahnhofes an den Stadtrand beweist. Heute plant Kempten einen neuen Zentrumsbahnhof). Bei all diesen Entscheidungen hat die Bunte Liste tatkräftig mitgewirkt, jedoch nur einmal (beim Stadtbuss) einen vollen Erfolg verbuchen können. In den übrigen Fällen konnten wir entweder nichts (Neubau der Spielbank) oder sehr wenig (Brückenneubau) erreichen. Bei der Hintere Insel gelang uns zwar keine Ideallösung, jedoch konnten wir das Schlimmste verhindern. Beim Bahnhof bedurfte es langer Überzeugungsarbeit der Bunten in Zusammenarbeit mit der „Aktionsgemeinschaft Bahnhof Insel“, bis der einstimmige Stadtratsbeschluss zum Beibehalt des jetzigen Inselbahnhofes erfolgte.

2. Bei Vielen fällt auf, daß die Bunte oft Vorreiter waren, den Vorschlag als erste in den Stadtrat einbrachten. Dafür bezogen wir häufig „Prügel“ manch anderer Partei. Unsere Ideen wurden kritisiert, verteufelt oder verlacht. Aber mit der Zeit lernten (auch) die anderen hinzu, und die ursprüngliche „Schnapsidee der Bunten“ tauchte als „gegnerischer“ Antrag wieder auf und – siehe da – er wurde angenommen.

Daß wir bei den fünf Hauptthemen nicht allen Stadtratsentscheidungen unseren prägenden Stempel aufdrücken konnten, liegt an den Mehrheitsverhältnissen. Wir verfügen nur über fünf von dreißig Sitzen, wobei es während der früheren Legislaturperioden mit anfangs nur zwei Bunten Stadträten noch ungünstiger aussah. Wenn Sie als Wählerinnen und Wähler die Politik der Bunte Liste, die sich generell an unserem Programm orientiert, stärker unterstützen möchten, müssen Sie sich nur mehr einmischen (sonntags um 20 Uhr im Haus der Dialoge, Birstergasse 5), denn Politik kann tatsächlich Spaß machen. Besonders die Stimmenquote bei den Stadtratswahlen muß noch deutlicher zugunsten der Bunte Politik ausfallen. Je mehr Bunte StadträtInnen desto bunter die Politik dieses Stadtrates!

Fortsetzung folgt im nächsten Hoyboten

Eckhard B. Ströhschänk

GWG-Reform

Hoffentlich kehren neue Besen gut!

Mittlerweile dürfte ja bekannt sein, dass der bisherige Geschäftsführer der GWG Herr Wiegand aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden ist. Ein wichtiges Projekt hat Herr Wiegand noch angegangen, nämlich die Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages. In diesem Vertragswerk - für eine GmbH gesetzlich vorgeschrieben - finden sich neben den Aufgaben der Gesellschaft und vielem formaljuristischem, auch die Aufgaben bzw. Pflichten der einzelnen Organe z.B. Aufsichtsrat, -vorsitzende, Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung.

Hintergrund der Überarbeitung war vorrangig eigentlich nur die Umschreibung des Stammkapitals in Hinblick auf die EURO-Umstellung. Jedoch waren die Fraktionen aufgefordert darüber hinaus eigene Ideen und Vorstellungen einzubringen. Die Bunte Liste kam dem, zusammen mit der SPD, ausgiebig nach. Denn wir meinen, dass diese Fortschreibung des Vertragswerks, das im Kern noch von 1930 stammt, in vielem überholt ist. Eine Chance die GWG den heutigen Anforderungen anzupassen und für zukünftige Aufgaben fit zu machen. Im Einzelnen war uns neben vielen Detailänderungen folgendes für das 99prozentige Tochterunternehmen der Stadt wichtig:

- ein sozial und ökologisch ausgerichtetes Unternehmen
 - im Aufsichtsrat hat eine MietervertreterIn neben allen Fraktionen des Stadtrats Sitz und Stimme
 - ein/e Wohnungsbeauftragte/r wird vorgeschrieben
- Natürlich ist uns klar, eine Vertragsveränderung allein genügt nicht, sondern dieses Vertragswerk muss mit Fleisch gefüllt werden. Der Aufsichtsrat (Stadtrat) muss gewillt

„Herr Garau, was g'hört eigentlich zu nackt dazu?“

„15 sind weniger wie 16 und wir tragen alle Reutin und die Insel im Herzen!“

Lisbeth Schneider in der GWG-Sitzung vom 12.10.00 und beim Thema Bahnhof am 05.02.01

Der Haushalt 2001

Am Abgrund

Die Art und Weise der Haushaltsberatungen hat sich unter Frau Meier to Bernd-Seidl sehr zum Positiven gewandelt. Während ihr Vorgänger Müller der Bunte Liste nur zuhörte, wenn er unsere Stimmen brachte - und auch dann nur widerwillig - war die Oberbürgermeisterin offen für die meisten Anregungen und verhalf einigen Projekten zu Geld.

So bekommt der Waldkindergarten einen existenzsichernden Zuschuss, der Club Vaudeville Mittel für den Schallschutz und das Familienzentrum FIZ Räumlichkeiten im Alten Reutiner Rathaus. Auch den Lindauer Musikvereinen wurde der Zuschuss erhöht. Klar kosten diese Entscheidungen alle Geld. Aber verglichen mit den großen Brocken unseres Haushalts nehmen sich die Beträge äußerst bescheiden aus - und sie dienen ausschließlich Kindern und Jugendlichen. Bei anderen Projekten war Bescheidenheit nie ein Thema. Der von der Bunte Liste ebenso heftig wie erfolglos bekämpfte Prunkbau der Spielbank verschlingt auch im Jahr nach seiner Einweihung abermals Millionen von Steuergeldern. Und mit dem Geld das die Mehrheit für die sogenannte „Visitenkarte Lindaus“ - vom Europaplatz bis zur Heidenmauer aufwendet, können wir bequem zwanzig Jahre lang die Jugendkultur des Club Vaudeville unterstützen. Dass die Ausgaben z.B. beim Europaplatz - im Gegensatz zur immer wieder aufgeschobenen Renovierung der städtischen Wohnungen - reiner Luxus sind, ist zumindest unseren BürgerInnen klar. Doch kaum ist der Asphalt am neuen Kreisel kalt, gibt die Stadt ca. 2 Millionen DM allein für die Planung der Bahnunterführungen aus. Und wie alle anderen Großprojekte der Stadt, werden auch diese auf Pump finanziert. Das Zahlen der Zeche überlässt der Stadtrat fröhlich der nächsten Generation. Doch es wächst nicht nur der städtische Schuldenberg (ca. 70.000.000.- DM), auch der Berg der unerledigten Pflichtaufgaben wie Gebäude- und Strassenunterhalt steigt weiter an. Und auch damit belasten wir unsere Jugend.

Wehrt Euch!

Während der Bund, der Freistaat Bayern und zuletzt auch der Landkreis ihre Kosten auf die Stadt wälzen, sind die politischen VertreterInnen im Stadtrat zu feige der Bürgerschaft reinen Wein einzuschenken und sie mit Steuer- und Gebührenerhöhungen zur Kasse zu bitten. Aus Angst vor den WählerInnen schiebt man das Finanzproblem lieber denen in die Schuhe, die noch keine Stimme haben - der nächsten Generation. Für die Jugend bleibt nur der Rat sich zu wehren. Demnächst wird wieder gewählt. Und wer noch nicht selber an die Urne darf knöpft sich die Eltern und Großeltern vor. Die Lösung ist einfach: Die einzigen die diesen Haushalt 2001 abgelehrt haben, waren die StadträtInnen der Bunte Liste.

Uli Kaiser



Matthias Kaiser

Stadtrat der Bunte Liste seit 1996

An der Bleichewiese 17
Telefon 7 38 96

Ausschüsse: Hauptausschuss, Werkausschuss der Stadtentwässerungswerke, Wohnungsvergabe-Ausschuss, Versammlungsversammlung, Abwasserverband Bayerischer Bodenseegemeinden, Beirat der Volkshochschule, Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH

sein, diese Forderungen umzusetzen. Der momentane Zeitpunkt wäre für einen Reformprozess bei der GWG einhergehend mit einer Neubesetzung der Geschäftsführung (s. untenst. Artikel) ideal. Denn wie heißt es so schön: „Neue Besen kehren gut!“ Wir denken, dass dies der neue „Besen“ Oberbürgermeisterin ebenfalls erkannt hat und auch danach handeln wird - wir werden sie weiterhin mit unseren Ideen bombardieren und mit unserer typisch bunten Kritik begleiten!

Matthias Kaiser

Mieter in den Aufsichtsrat!

„Mietermitwirkung - das ist kein Sozialismus, sondern Betriebswirtschaft: für die Wohnungsunternehmen zahlt sich das immer aus.“, so der Referent für Wohnungs- und Städtebau beim GdW (Dachverband kommunaler Wohnungsunternehmen) Prof. Hartmut Großhans. Viele kommunale Wohnungsunternehmen haben dies ebenfalls erkannt. Die Mitwirkung geht soweit, dass in vielen Unternehmen Mieter sogar im Aufsichtsrat sitzen. So z.B. bei der Wohnbau GmbH Gießen, dort haben sich die Mieter, nach Aussage des Geschäftsführers Volker Behnecke „von reinen Jammerrednern zu Verantwortungsträgern entwickelt.“

Warum sollte das in Lindau nicht auch möglich sein?



Uli Kaiser

Stadtrat der Bunte Liste seit 1996

Otto-Geßler-Straße 21
Telefon 7 42 45

e-mail:
u.kaiser@bunteliste.de

Ausschüsse: Finanzausschuss, Kulturausschuss, StvV, Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss, seit 1. Februar 2001 Sprecher der Fraktion der Bunte Liste

Fusion Sparkasse Memmingen-Lindau

„Groß genug für Europa“

„Jede zweite Fusion geht daneben!“ Aussagen dieser Art - sie stammt übrigens vom Vorsitzenden der Monopolkommission - konnten die euphorische Sparkassen-Fusions-Hochstimmung nicht trüben.

Im Herbst 2000 beschloss der Lindauer Stadtrat gegen die Stimmen der Bunte Liste den Zusammenschluss der Sparkasse Lindau mit dem „idealen“ Partner Sparkasse Memmingen zur Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim. „Groß genug für Europa“ so lautete die Devise und zur Besänftigung der Skeptiker ließ es „Klein genug für den direkten Kontakt zum Kunden.“

Warum, so fragt sich mancher, dürfen ausgerechnet Lindauer Stadträte so weit reichende wirtschaftspolitische Entscheidungen fällen?

Besondere Banken

Sparkassen sind zunächst ganz normale Banken. Gleichzeitig sind sie jedoch besondere Banken. Denn für die Schulden der Sparkassen haften die sogenannten „Gewährträger“ unbeschränkt. „Gewährträger“ sind Gemeinden und Landkreise. In Art. 4 des Sparkassengesetzes steht daher: „Die Gläubiger der Sparkasse können die Haftung des Gewährträgers in Anspruch nehmen, soweit sie von der Sparkasse nicht befriedigt werden.“ Wenn also alle Stricke reißen, bezahlen die Lindauer Steuerzahler via städtischem Haushalt die Schulden der Sparkasse.

Für die Fusion führte Vorstandsvorsitzender Horst Poralla folgende Argumente an: Nur Sparkassen mit einer Mindestbetriebsgröße von ca. 2,1 Milliarden DM seien auf Dauer überlebensfähig. Durch die Fusion seien die Arbeitsplätze dauerhaft gesichert. Alle Mitarbeiter hätten in der neuen Sparkasse bessere Berufsperspektiven. Ohne Fusion sei die Abwanderung von qualifiziertem Personal zu befürchten. Es gebe keine fusionsbedingten Kündigungen. Der Personalrat sei für die Fusion.



Alexander Kiss

Stadtrat der Bunte Liste seit 1990

Otto-Geßler-Straße 21
Telefon 7 93 72, Telefax: 2 83 62
e-mail: kiss@bunteliste.de

Ausschüsse: Hauptausschuss, Finanzausschuss, Werkausschuss der Stadtwerke, Aufsichtsrat der Stadtverkehr GmbH und der Telekommunikation GmbH

Fusionitis

Schließlich profitierten die Kunden „durch die Qualität der Dienstleistung der Produkte“ und die Interessen der Stadt blieben gewahrt. Die Bunte Liste und dem „Zeitgeist“ von Globalisierung und Fusion nicht gefolgt.

Die Notwendigkeit, jetzt zu fusionieren, ist nicht gegeben. Die Frage, ab welcher Größe eine Sparkasse überlebensfähig ist, ist eine Glaubensfrage. Selbst wenn man hier der Auffassung des Sparkassenvorstandes folgt, liegt die Sparkasse Lindau mit ihren derzeit 1,8 Milliarden DM Betriebsgröße von der angeblichen Mindestbetriebsgröße von 2,1 Milliarden übrigens nicht weit entfernt.

Die „kleine, städtische Hausbank“ verschwindet klammheimlich wie viele gewachsene Strukturen in ähnlich gelagerten Fällen, z.B. IHK, Handwerkskammer. Optionen für die Zukunft werden verbaut. Anstatt eine EUREGIO-, eine regionale Bodenseelösung, z.B. mit Friedrichshafen, Bregenz zu prüfen und anzustreben, wird eine vom Münchner Innenministerium eingefädelt, „bayerische Speziallösung“ zementiert. Marktabgrenzung statt Marktöffnung.

Die Fusion mit Memmingern bedeutet auch einen Verlust kommunaler, demokratischer Mitsprache. Bisher hatten Stadt und Landkreis Lindau - vertreten durch Landrat, Obine, Stadt- und Kreisräte im Verwaltungsrat der Sparkasse ein einhundertprozentiges - Mitspracherecht. Künftig werden es nur noch dreißig Prozent Mitsprache sein, wenn irgendwann z.B. Zweigstellenschließungen zur Debatte stehen.

Alexander Kiss

Bitte besuchen Sie uns auch im Internet unter www.bunteliste.de



Karlheinz Brombeis
 Stadtrat der BUNTEN LISTE
 seit 1996
 An der Kalkhütte 1
 Telefon 94 27 84
 Telefax 94 27 83
 e-mail: brombeis@bunteliste.de
 Ausschüsse: Bau- und Umwelt-
 ausschuss, Aufsichtsrat der
 Gemeinnützigen Wohnungs-
 baugesellschaft mbH,
 Verwaltungsrat der Musik-
 schule eV.

Alle Autofahrer sind Menschen – Nicht alle Menschen sind Autofahrer

Vor dem Hintergrund sich täglich überstürzender Meldungen über die drohende Klimakatastrophe durch Treibhaus-Effekt traf sich der Stadtrat Anfang Februar zur Verkehrsklausur. Obwohl mittlerweile eine Binsenweisheit, dass die Verringerung des bislang zügellosen Autoverkehrs eine Erhöhung der Lebensqualität durch bessere Luft für alle darstellt, lautete der Titel schlicht: „Verbesserung der Parksituation für die Insel Lindau“. Gemeint war, wie können noch mehr Autos auf die Insel gelotet werden (aber bitte nur die von jenen, die auch was liegenlassen), wie könnte ein noch größerer Durchsatz noch mehr Umsatz bringen. Die unübersehbaren Probleme der Insel-Einzelhändler können bei dieser Aufgabenstellung auf ein einziges Problem reduziert werden: „Es gibt zu wenig Parkplätze“. Mit dieser einfachen Formel kann man sich getrost vor einer Ergründung der wahren Ursachen drücken. Preis-/Leistungsverhältnis, Angebot, Freundlichkeit, Einkaufsatmosphäre ... hier liegen doch die echten Defizite in unserer Stadt.

Eine breite Stadtratsmehrheit akzeptiert den motorisierten Individualverkehr als Göttergegebenheit, kapituliert vor steigenden Zulassungszahlen, setzt unser Klima bewußt und willentlich auf's Spiel... und fährt mit dem Auto nach Hause. Lindau als Luftkurort in Gefahr?

So schlimm wird's schon nicht werden.

Verkehrsvermeidung statt Parkplatzerleichterung, Förderung der Verkehrsmittel Rad, Bus und „zu Fuß“ statt Verkehrsverlagerung in andere Stadtteile – Fehlzanzeige. Irgendwie bekam ich an diesem Wochenende das Gefühl nicht los, als hätten die noch 'ne zweite Erde im Kofferraum.

Karlheinz Brombeis

Und wieder einmal Parkplätze!

Im Zusammenhang mit der EURO-Umstellung im Jahr 2002 hat der Stadtrat die Senkung der Parkgebühren beschlossen.

Die Stadt Lindau hält für die Parkflächen Grundstücke vor (pro Kfz mit An- und Abfahrweg 50 qm), läßt diese reinigen und hält sie instand.

Grundstücke sind im Bodenseeraum ein sehr wertvolles Gut, für dessen Benutzung nun einmal Miete zu zahlen ist. Für Reinigung und Instandhaltung fallen nun einmal Kosten an. Über einen Einbruch der Grundstückspreise oder eine Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten für die städtischen MitarbeiterInnen ist nichts bekannt.

Warum sollte die Stadt hier auf Einnahmen verzichten, wenn z.B. wegen mangelnder Kostendeckung und der Preissteigerung die Gebühren für die städtischen Kindergärten und für Gas und Strom erhöht werden mußten? Bei der Bereitstellung von ausreichend Kindergartenplätzen und Wohnungen mit bezahlbaren Miet- und Mietnebenkosten erfüllt die Stadt Lindau gesetzlich verankerte Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn Preissenkungen, dann in den Bereichen Kindergartenplätze, Miet- und Mietnebenkosten der städtischen Wohnungen und beim Stadtbuss, kostenneutral kompensiert durch erhöhte Parkgebühren.

Eine Senkung von Parkgebühren ist entweder ein Mangel an vernetztem Denken oder einfach nur dreist, denn von einem Recht auf billige Parkplätze ist mir nichts bekannt.

Michael Hangel

Auch positive Gedanken bei der Klausurtagung zum Thema Parken und Verkehr

Die Freiheit des Andersdenkenden

Wie quält man eine/n Bunte/n? Richtig: Man veranstaltet eine Klausurtagung zum Thema „Wie kriege ich noch mehr Parkplätze auf die Insel!“ und nennt das Ganze „Parken und Verkehr“. Wir waren trotzdem dabei – alle fünf gesprächsbereit, tapfer und am Ende zum Teil weit weniger gefrustet als wir zunächst befürchtet hatten.

„Ich muß kotzen!“ war Alexander's Kommentar, als (schon wieder) eine Klausurtagung zum Thema Parkplätze beschlossen wurde. Kein anderes Thema spaltet diesen Stadtrat wie dieses, kein anderes Thema bewegt diesen Stadtrat wie dieses bis zur Ekstase und bei kaum einem anderen Thema haben wir Bunt ein bekanntermaßen einen absolut radikalen Standpunkt: Lindau ist eine Insel und hat somit naturgemäß nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung. Diese Fläche soll für Menschen dasein und nicht für Blechkisten. Mit immer mehr Parkplätzen lockt man immer mehr Autos an und kommt aus diesem hausgemachten Teufelskreis nicht mehr raus. Unseres Erachtens gibt es in Lindau Parkplätze genug, Engpässe – also Zeiten, in denen mehr nötig wären – gibt es höchstens im Sommer. Und soviele Parkplätze, wie man in dieser Zeit vollstellen könnte, können wir gar nicht bauen (vergleiche: Lindau ist eine Insel und hat somit naturgemäß...).

Parkplätze kosten überdies Geld, sehr viel Geld und vor allem Geld, das die Stadt Lindau nicht hat. Und solange in Lindau Sozialwohnungen nicht saniert und Schulhöfe oft nahezu nicht benutzbar sind, solange hat die Stadt ihre Pflichtaufgaben nicht erfüllt und sollte sich von dem ökologisch und finanzpolitisch absolut irrsinnigen Gedanken an immer mehr und immer billigere Parkplätze endgültig verabschieden.

Eher dürftig fiel die Sitzungsvorlage aus: Bahnhof kein Thema, Fahrradwege erscheinen lediglich in einem Nebensatz, neue Stellplätze für Fahrräder (hier brachte die Agenda 21 bereits vor einem halben Jahr gute Vorschläge ein) überhaupt kein Thema. Einziger Lichtblick: Unserem Antrag, auch den Stadtbuss mit in der Klausur zu thematisieren wurde Folge geleistet und eine Arbeitsgruppe arbeitete anschließend am Thema ÖPNV.

Die ganze Widersprüchlichkeit der städtischen Drucksache kam dadurch zum Ausdruck, dass im Teil zwei unter „Verkehrspolitische Ziele“ der Satz, „Nach Meinung aller Verkehrsfachleute muss es verkehrspolitisches Ziel von Lindau sein, die Insel und besonders den Altstadtkern verkehrsmäßig noch weiter zu entlasten“ abgedruckt wird. Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Denkst! Was in den Zielen formuliert wird, das wird in Teil 5 ad absurdum geführt: „Mögliche Standorte für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkdecks“. Das Angebot reicht von gaaaanz billig (3 Millionen Mark für ein kleines Parkdeckle auf dem Inselhallenparkplatz) bis richtig teuer (75 Millionen für eine Tiefgarage Kleiner See).

Freudige Überraschung

Während uns also die Sitzungsvorlage wenig motivierte waren wir vom Verlauf der Klausur und zum Teil auch von einigen unserer anders-einfarbigen Kolleginnen und Kollegen durchaus positiv überrascht. Der Stadtrat hat mehrheitlich erkannt, dass Parkgebühren gestaffelt sein müssen, also die teuersten Stellplätze sind zentrumsnah, die günstigeren weiter draußen. Das ist eine Erkenntnis, die dem unsäglichen Beschluss, das Parken auf dem Inselhallenparkplatz günstiger zu machen, das Wasser abgräbt. Auch den Fakt, dass die Insel nicht noch mehr Parkplätze vertragen, haben viele RätInnen offensichtlich doch erkannt, bleibt abzuwarten, ob sich die positiven Ansätze auch in zukunfts-fähigen und mutigen Beschlüssen in der Stadtrats-sitzung im März niederschlagen.

Aber ...

Warum allerdings trotzdem am Ende der Ruf nach einer Tiefgarage unter der Inselhalle (geschätzte Kosten von 1989, viergeschossig und 580 zusätzliche Stellplätze: 27 Millionen Mark) immer lauter wurde, das ist uns schleierhaft. Nicht zuletzt deshalb, weil dieses Projekt seit Jahrzehnten unter

sucht und oft beschlossen, am Ende aber immer wieder wegen der viel zu hohen Kosten verworfen wurde. Ein Konsens wurde dagegen beim Thema Stadtbuss gefunden. Der Stadtrat ist sich einig, dass der Neuanfang 2002, also ein verbessertes und überdachtes Konzept mit einem neuen (oder auch dem alten) Betreiber, eine Initialzündung sein muß, ähnlich der Einführung des Stadtbusses im Jahr 1994. Weil es aber bis 2002 noch lang hin ist und gleich dringend etwas passieren muß, will man einen sogenannten Ring-Schnell-Verkehr (RSV) einführen: Ein Bus fährt im 20-Minuten-Takt die Strecke Reutin – Aeschach – Insel ab und entlastet dadurch das bestehende Stadtbussystem. Einigkeit herrschte auch bei der Forderung, dass dieses Provisorium nur eine Übergangslösung sein kann bis zu dem Tag, an dem unser Stadtbussystem sich optimiert, also noch besser, schöner, schneller, länger und bequemer, in einen Neustart stürzt. Eine ebenfalls erfreuliche Tatsache: Der Stadtbuss – so die einhellige Meinung der Arbeitsgruppe – sollte die günstigste Möglichkeit sein, auf die Insel zu gelangen. Der RSV, der den eher unrentierlichen Inselbus von der Blauwiese auf den Marktplatz ablöst, soll die Auffangparkplätze bedienen und gleichzeitig an allen Haltestellen auf dem Weg halten und Gäste zusteigen lassen.



Manuela Schlichtling-Pfersich
 Stadträtin der BUNTEN LISTE
 seit 1996
 Bräuweg 2
 Telefon 97 69 45
 Telefax 94 70 04
 e-mail: manu@bunteliste.de

Ausschüsse: Bau- und Umwelt-
 ausschuss, Werkausschuss
 der Stadtwerke, Aufsichtsrat
 der Stadtverkehr GmbH und
 der Telekommunikation GmbH,
 Werkausschuss der Stadt-
 entwässerungswerke,
 Versammlungsmitglied des
 Zweckverbandes Gasversorgung
 Oberschwaben

Der kleine große Unterschied

Die Mehrheit des Stadtrates wünscht sich also, die Autos vor der Insel abzufangen und genau hier ist der kleine große Unterschied zum Bunt ein Ansatz. Wir gehen einen Schritt weiter und sehen die Sache globaler: Man sollte die AutofahrerInnen nicht irgendwo auffangen, sondern erreichen, dass sie gar nicht erst ins Auto einsteigen (müssen), weil genügend attraktive Alternativen (Bus, Bahn, Rad- und Fußwege) da sind. Das Ergebnis wäre revolutionär: Nicht mehr freie Fahrt für Freie Bürger, sondern die Freiheit des Andersdenkenden, die Freiheit vom Auto hätten wir erreicht und damit das befriedigende Gefühl, einen winzigen Beitrag zur Lebensqualität derer geleistet zu haben, die nach uns kommen.

Manu Schlichtling-Pfersich



Die Klima-Katastrophe kommt bestimmt. Aber nicht mehr in unserer Generation.

Für ein ziviles Europa der Menschenrechte, des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit - Gegen Militarisierung, Rassismus und Faschismus

Kriege führen, macht aus Menschen Mörder !

Die Vereinten Nationen gaben jüngst bekannt: Allein in den verarmten Ländern der Welt entstehen durch bewaffnete Konflikte pro Jahr Verluste in der dortigen Landwirtschaft von 4,3 Milliarden US-Dollar. Jede zweite Hungersnot ist inzwischen eine Folge von Kriegen. Gleichzeitig haben die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik erreicht, dass Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt wurde. Wichtige Rüstungsfirmen befinden sich in den Bodenseestädten Arbon, Friedrichshafen, Konstanz, Kreuzlingen und Überlingen. Ausgerechnet die seit 1998 regierende Koalition aus SPD und Bündnis 90/ Die Grünen brachte entgegen großer Hoffnungen keine Besserung. Inzwischen bewegt sie sich bei der fortschreitenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft in den Fußstapfen ihrer konservativ-liberalen Vorgängerregierungen. Auf dem Weg zu einer gewöhnlichen Großmacht beteiligte sie sich 1999 aktiv am grundgesetzwidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. 2000 getötete und 5000 verletzte Zivilisten in Jugoslawien, eine Steigerung der Flüchtlingszahlen aus dem Kosovogebiet auf 860 000 Menschen und Sachschäden im Wert von 120 Milliarden US-Dollar gehörten zu den „Erfolgen“ auch der daran beteiligten 8 500 Bundeswehrsoldaten. Hinzu kommt die Steigerung der Krebsrate durch die langfristige Verseuchung ganzer Landstriche mit Uranmunition. Die zu uns kommenden Flüchtlinge sind anwachsendem Rassismus, ausländerfeindlichen Gesetzen und demütigender Behandlung durch Behörden ausgeliefert. Unfähig, die Menschen Europas vor den zerstörerischen Folgen der profitorientierten Lebensmittelindustrie nachhaltig zu schützen, plant die Europäische Union unter Beteiligung der Bundeswehr bis zum Jahr 2003 die Aufstellung von rund 60 000 Soldaten als „Krisenreaktionskräfte“. Mit 100 Kriegsschiffen, 400 Kampfflugzeugen sollen diese Truppen in einem Radius bis 4000 km eingesetzt werden, bis Nordafrika, den Nahen Osten und den Kaukasus. Das Ziel dieser Politik lautet, „Akteur auf der Weltbühne“ zu werden. Wir gehen deshalb auf die Straße um folgenden Alternativen Nachdruck zu verleihen:

- Für ein zivil orientiertes Europa der vorbeugenden Konfliktlösungen;
- Für ein Europa der Menschenrechte für alle, unabhängig von Pass, Religion, Hautfarbe, Volkszugehörigkeit und Reichtum;
- Für ein vollständiges Verbot der Erzeugung von Landminen;
- Keine müde Mark für den „Eurofighter“ (40 Mrd. DM) und die EU-„Krisenreaktionskräfte“;
- Verwendung der Rüstungsgelder für Umweltschutz, Busse, Bahn, Bildung und bei der Bekämpfung der Armut auf der Welt;
- Kein Bundeswehreininsatz im In- und Ausland; Abschaffung der Bundeswehr und aller Armeen weltweit!



Der Ostermarsch am 30. März 1991 in Lindau. Rund 3000 Menschen nahmen damals teil. Foto: Schweizer

Bodensee-Ostermarsch in Lindau

**Am 14. April 2001
Demonstrationsbeginn um 11.00 Uhr
Bahnhofsvorplatz am Hafen
Abschlusskundgebung: 11.45
Maximilianstraße/Bismarckplatz**

Spendenkonto: Stichwort „Bodensee-Ostermarsch 2001“, Konto: 597 4000, Margarethe Gaisser-Thiel, 88131 Lindau, bei der Volksbank Lindau, BLZ: 650 920 10.

Was aus unseren Anträgen wurde und wer sie verhindert hat

Bunte Lust – bunter Frust

In dieser Rubrik informieren wir Sie über die wichtigsten unserer Anträge und natürlich darüber, was aus ihnen geworden ist, wer mit uns abstimmte und wie sich die Verwaltung verhalten hat.

Baumbestandsplan

Im Herbst stand unser Antrag „Baumbestandsplan“ auf der Tagesordnung:
„Der Stadtrat möge beschliessen, dass dem Bauausschuss künftig bei allen Bauanträgen und Bauvoranfragen auch eine Darstellung mit dem Baumbestand vorgelegt wird. Diese Darstellung kann über Folien, die 1:1 auf den Plan gelegt werden können, oder auch mit Hilfe von Fotos geschehen. Das Ergebnis muss auf jeden Fall sein, dass der Baumbestand vor der Abstimmung zweifelsfrei dargestellt wird und dass diese Darstellung Pflicht ist bei jedem Bauprojekt. Immer wieder erfahren wir als StadträtInnen erst viel zu spät davon, dass schützenswerte Bäume Bauprojekten zum Opfer fallen, ohne dass wir im Ausschuss darüber informiert

wurden. Oft wird im Ausschuss im guten Glauben zugestimmt, später stellt sich dann aber heraus, dass man damit auch dem Fällen von alten Bäumen zugestimmt hat“.
Über folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung und eine Mehrheit im Stadtrat durften wir uns freuen:
„Bei allen Baugenehmigungsverfahren einschließlich Bauvoranfragen, die die Inanspruchnahme bisher un bebauter Grundstücksflächen zum Inhalt haben, sind gemäss § 2 Abs 2 Nr. 10 Bauvorlagenverordnung die vorhandenen Bäume unter Kennzeichnung der wegen des Bauvorhabens zu beseitigenden Bäume einzumessen und im Lageplan darzustellen“.

Sina-Kinkelin-Platz

Im September versuchten wir erneut (unsere Geduld scheint oft unendlich), Sina-Kinkelin zu längst verdienten Ehren zu verhelfen: „Der gesamte Bereich auf der Insel nördlich der Lindenschanze und westlich des Maria-Martha-Stiftes erhält den Namen Sina-Kinkelin-Platz. Die Anschrift des dort vorgesehenen Kindergartens lautet Sina-Kinkelin-Platz 1. Die Schwestern Kinkelin stellten im 19. Jahrhundert all ihre berufliche Energie in die Förderung der Bildungs- und Lebenschancen der weiblichen Jugend in unserer Stadt. Sie legten mit ihrem Höheren Töchterinstitut den Grundstein für das spätere städtische Mädchengymnasium. Geistige Leiterin innerhalb dieses pädagogischen Lebenswerkes der Schwestern Kinkelin war Euphrosine (Sina) Kinkelin.

Trotzdem fand in der Stadt bisher eine öffentlich sichtbare Würdigung dieses Engagements zu wenig statt. Die Errichtung des Insel-Kindergartens an der Stelle des bisherigen Rollschuhplatzes bietet nun die seltene Möglichkeit, hier für etwas öffentlichen Ausgleich zu schaffen. Die hiermit mögliche Verknüpfung des Standortes einer pädagogischen Einrichtung in der Stadt mit dem Namen einer pädagogisch wirkenden Lindauerin erscheint uns besonders erfreulich. Der Antrag wurde am 30. Januar 2001 im Stadtrat mehrheitlich angenommen. Dagegen stimmten lediglich Herrmann Kreitmeier, Lisbeth Schneider und Hannelore Pontes – der Antrag kam schließlich von uns!

Neue Wesen

In den Stadtrat nachgerückt für den verstorbenen Rolf Fackelmayer ist Sulzer Escher-Wyss-Geschäftsführer Eckart Prandner. Gleich nach seiner Vereidigung stimmte er (zusammen mit seinen Fraktionskollegen Brombeiß und Hostenkamp) gegen den interfraktionellen Antrag, dass die Stadt Lindau ab sofort auf PVC-haltige Materialien verzichtet und machte damit gleich deutlich, auf wen wir uns da freuen dürfen.
Interessant auch die (selbstverständlich völlig überraschende) Wahl des Herrn Prandner in den Sparkassen-Aufsichtsrat.

Wofür die Bunte List e seit Jahren kämpft, nämlich ebenfalls einen Sitz im Aufsichtsrat der Sparkasse zu bekommen, das flog dem Herrn Prandner völlig selbstverständlich zu. Von drei AufsichtsrätInnen und ihren VertreterInnen sind jetzt also drei von der CSU, zwei von den Freien Bürgern und einer von der SPD. Damit ist die konservative Welt wieder in Ordnung, die lästigen BUNTEN bleiben – ganz ähnlich wie beim Verkehrsverein – draussen und das Gemauschel kann munter weitergehen ...

Unterführungen

In der Januar-Stadtratssitzung waren die Bahnunterführungen Bregenzer Straße und Langenweg erneut auf der Tagesordnung. „Der Verkehr muss fließen!“ war sich die Mehrheit im Stadtrat einig. Dass da gar nichts mehr fließt, dass die Bahnschranken den Verkehr auf die Insel quasi portioniert haben und dass es überdies reiner Luxus ist, diese Unterführungen zu bauen, wollte niemand mehr hören. Schon gar nicht der neue Kollege Wirtschaftskapitano Prandner. Er habe ja nie in diesen Stadtrat gewollt (warum

kandidierte er dann?), weil der immer wieder über die gleichen Themen diskutiert. Tja, Herr Prandner, das gehört dazu und es ist auch völlig korrekt, über eine Sache öfters als einmal zu diskutieren. Denn manchmal gibt es neue Erkenntnisse und manchmal lernen Menschen auch was dazu (natürlich außer denen, die schon alles wissen, so wie Sie), und da meinen wir, dass es nicht nur unser Recht, sondern sogar unsere Pflicht als StadträtInnen ist, einmal gefällte Entscheidungen auch auf den Prüfstand zu stellen.

Bazienstraße

Im Juli 2000 bat Eva Maria Walter als Sprecherin einer Initiative für die Verkehrsberuhigung in der Bazienstrasse um Hilfe. Wir veranstalteten eine aktuelle Stunde zum Thema und formulierten im Anschluß daran den Antrag, die Straße möge beruhigt werden und es sollten Gelder in den städtischen Haushalt 2001 eingestellt werden.
„Zusammenfassend“ hieß es in unserer Begründung, „dient eine Verkehrsberuhigung, neben der Verbesserung des Wohnumfeldes, auf jeden Fall der Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten“.

Gleich in der ersten Sitzung des Bauausschusses im neuen Jahr wurde die Verkehrsberuhigung des Bereichs Bazien- und Reutiner Strasse beschlossen. 200.000,- DM sind für die Maßnahme im diesjährigen Haushalt vorgesehen, weitere 600.000,- DM sollen in den folgenden Jahren dafür bereitgestellt werden. Dagegen sprach sich lediglich Kollege Stadtrat Kreitmeier aus: „Das Volk ist zu 80 % vom Auto abhängig!“ Ach so!

Bündnis für Familie

„Es steht den Fraktionen frei, selbst zu Veranstaltungen einzuladen“ bekamen wir von OB Seidl in der Februar-Stadtratssitzung als Antwort, als wir uns nach dem im Wahlkampf schwer versprochenen „Bündnis für Familie“ erkundigten. Frau Seidl sei momentan an einigen anderen Projekten dran, wolle Initiativen aber auf jeden Fall unterstützen. „Die CSU will dazu wieder einen runden Tisch ver-

anstalten“ trällerte stolz Roland Freiberg. Was dabei rauskomme, könne man ja dann der Presse (?) entnehmen. Wir meinen allerdings, dass die Stadt eine solch wichtige Aufgabe nicht an einzelne Parteien abgeben kann, sondern selbst ran muß und die Aufgabe der Zusammenführung und Vernetzung aller im Bereich der Familienarbeit tätigen und betroffenen Stellen und Vereinen übernehmen sollte.

Impressum

V.i.S.d.P.: Karlheinz Brombeiß, Kalkhütte 1, 88131 Lindau
Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de
Gestaltung: monomer – Produktion: Druckerei Kleb